

Bericht: NEC2016-Konferenz: "Atomenergie - ein teures Spiel"

Olga Kališová Bei der "Nuclear Energy Conference 2016" am 5. April in Prag gab es drei Eröffnungs- und acht Hauptvorträge. Auf der Webseite der Konferenz sind die Präsentationen, Profile der Sprecher*innen, Fotos und Audioaufnahmen aller drei Teile in drei Sprachen verfügbar.

Die Referent*innen brachten ihre Überraschung darüber zum Ausdruck, dass es 30 Jahre nach Tschernobyl und fünf Jahre nach Fukushima immer noch nötig ist, über die ungelösten Sicherheitsprobleme zu reden. Sie betonten, dass sich die Energiewirtschaft geändert hat: Heutzutage brauchen wir flexible Elektrizitätssysteme und kleine Einheiten wie erneuerbare Energiequellen. Diese werden billiger - die Betriebskosten liegen fast bei null, und die Entsorgungskosten sind im Vergleich zu Atomkraftwerken vernachlässigbar. Es wurde erwähnt, wie wichtig es ist, die Risiken durch die Freisetzung von Radioaktivität in die Umwelt zu senken, und dass die Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken die damit verbundenen Risiken erhöht. Im Zusammenhang damit wurden schwere Bedenken gegen eine unbegrenzte Genehmigung zum Betrieb des ersten Blocks des Atomkraftwerkes Dukovany geäußert, die im März 2016 ausgestellt wurde.

Den ganzen Artikel gibt es hier:

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Report:_NEC2016_Conference:_%22Nuclear_Energy_-_Expensive_Gamble%22



Foto: Jana Sequensová

nachdem von mindestens zwei russischen Regierungsvertetern einmal eher vage und einmal klarer angedeutet wurde, dass ein ablehnendes finnisches Verhalten als Aggression gewertet und gewaltsam beantwortet werden könnte. Diese mehr oder we-



Foto: Falk Beyer

Mit Rosatoms Einstieg bei Fennovoima wurde die Zahl für den Schutz der AKW-Baustelle beauftragter kommerzieller Sicherheitsdienste erhöht - hier zu sehen auf der privaten Fennovoima-Zufahrtsstraße.

niger offensichtliche Kriegsdrohung im Nachspiel der Krimannexion wurde durch einen prominenten finnischen Journalisten dokumentiert und öffentlich gemacht. Was auch immer davon zu halten ist, offenkundig ist, dass innerhalb der finnischen Bevölkerung und auch unter linken Aktivist*innen eine gewisse Angst vor einer erneuten Annexion finnischer Gebiete durch russisches Militär vorliegt. Dieser Aspekt ist neu für die Auseinandersetzung mit Atomkraft in Finnland und erschwert es, erfolgversprechenden Widerstand zu organisieren.

In diesem Kontext sind auch die polizeilichen Aggressionen gegen das Aktionscamp in Pyhäjoki Ende April zu betrachten. Unter dem Motto "Reclaim The Cape" - Wiederbesetzung der AKW-Baustelle ein Jahr nachdem das Protestcamp, damals noch im intakten Wald/Feuchtgebiet, gewaltsam geräumt wurde und nach nationalem sowie internationalem Recht geschützte Naturschutzgebiete einen auf juristisch fragwürdiger Basis vorgenommenen Kahlschlag erlitten, sollten die Bauarbeiten behindert oder verhindert werden. Der Sommer

2016 ist erneut ein wichtiger Meilenstein für die Genehmigungslage des Atomkraftwerks, weil zu bestimmten Stichtagen Fortschritte im Genehmigungsverfahren und Bauvorhaben zu erbringen sind, um bisherige Genehmigungen nicht zu verlieren. Das war der Hintergrund für den relativ frühen Camptermin zu einem dort noch winterlichen Zeitpunkt.

Vor dem offiziellen Campbeginn am 22. April hatte bereits eine Reihe von Aktionen zur Behinderung der Bauarbeiten, die mangels Baugenehmigung als "vorbereitende Arbeiten" deklariert werden, stattgefunden - u.a. Lock-on-

Aktionen und Barrikaden auf der AKW-Baustellen-Zufahrtsstraße sowie Sabotageakte an Maschinen und Baggern, die an der Zerstörung der Hanhikivi-Halbinsel beteiligt waren. Für finnische Verhältnisse ist das eine neue Widerstandskultur, mindestens in dieser Region und in diesem Themenfeld. Erfreulicherweise stießen beispielsweise die Straßenblockaden auf positives Feedback bei Teilen der örtlichen Anwohner*innen, die sich glücklich zeigten, dass der frühmorgens beginnende Lärm durch Baumaschinen und LKW-Zubringerverkehr zur Baustelle zeitweise abgestellt wurde.

Unfähig mit diesen ungewohnten Aktionsformen umzugehen, setzte die örtliche Polizei frühzeitig unverhältnismäßige Gewalt gegen die Aktivist*innen ein: Um einen mit einem U-förmigen Fahrradschloss angeketeten Aktivist*innen zur Kooperation zu nötigen, wurde dieser in wehrloser Situation mit einem Taser bedroht und dann mehrfach mit verstärkten Stromstößen gequält, um seinen Willen zu brechen - ziemlich klar Folter und mit nichts zu rechtfertigen. Ein oder zwei Tage später sahen

